

Finnland

Tuomas Iso-Markku

Es war ein sehr ereignisreiches Jahr für die finnische Politik. Die Wirtschaftsaussichten für Finnland blieben trübe, was zu intensiven Debatten über den richtigen haushaltspolitischen Kurs führte. Die ökonomische Schieflage und die daraus resultierenden schwierigen Entscheidungen setzten der bereits angeschlagenen Sechs-Parteien-Koalition von Premierminister Jyrki Katainen stark zu. Im März schied das Linksbündnis, einer der kleineren Koalitionspartner, aus der Regierung aus.¹ Innerhalb der Sozialdemokratischen Partei (SDP) dagegen entbrannte ein Machtkampf, als Gewerkschaftsmann Antti Rinne die amtierende Parteivorsitzende und Finanzministerin Jutta Urpilainen herausforderte und ablöste. Im April kündigte auch Regierungschef Katainen an, sein Amt aufgeben zu wollen. Zum neuen Premierminister wurde sein Parteikollege Alexander Stubb gewählt. Die innenpolitischen Ereignisse stellten die am 25. Mai stattgefundene Europawahl weitgehend in den Schatten. Nichtsdestotrotz schickten die Parteien viele prominente und erfahrene Kandidaten ins Rennen, was auf die gewachsene Bedeutung der europapolitischen Dimension in der finnischen Politik hindeutet.

Vom Musterschüler zum Krisenland?

Die finnische Wirtschaft befindet sich seit dem Ausbruch der globalen Finanzkrise in Schwierigkeiten. Im Jahr 2009 schrumpfte das finnische Bruttoinlandsprodukt um 8,5 Prozent und der Negativtrend setzte sich in den Jahren 2012 und 2013 fort.² Für 2014 prognostiziert die Europäische Kommission ein Wachstum von lediglich 0,2 Prozent.³ Besonders schlecht geht es der Elektroindustrie, die lange eine wichtige Stütze der finnischen Exportwirtschaft bildete. Ein Symbol für den Niedergang dieses Industriezweigs ist das Schicksal des Telekommunikationskonzerns Nokia: Der einstige Weltmarktführer im Mobiltelefongeschäft verkündete im September 2013, dass er seine Handysparte an Microsoft verkaufen würde. Große Sorgen für Finnland bereitet aktuell auch die Talfahrt der russischen Wirtschaft, da Russland zu den wichtigsten Exportmärkten für finnische Unternehmen zählt.⁴

Die Wirtschaftsmisere stellt auch die finnische Regierung vor erhebliche Herausforderungen. Als eines der drei Euro-Länder, die mit der Bonitätsnote AAA bewertet werden, hat sich Finnland während der Eurokrise als Verfechter der viel kritisierten Austeritätspolitik profiliert und die Euro-Länder zur strikten Einhaltung der europäischen Haushaltsregeln angemahnt. Nun läuft das Land aber selbst Gefahr, die Regeln zu brechen. Die finnische Staatsverschuldung wird die im Maastrichter Vertrag festgelegte Obergrenze von

-
- 1 Die anderen Regierungsparteien sind die Nationale Sammlungspartei, die SDP, der Grüne Bund, die Schwedische Volkspartei und die Christdemokraten. Die Opposition wird von der Zentrumspartei sowie den Basisfinnen gebildet.
 - 2 Eurostat: Wachstumsrate des realen BIP-Volumen, <http://epp.eurostat.ec.europa.eu/tgm/table.do?tab=table&init=1&plugin=1&language=de&pcode=tec00115>.
 - 3 Europäische Kommission: European Economic Forecast: Spring 2014, European Economy 3/2014.
 - 4 Vgl. Helsingin Sanomat: Venäjä ei vedä Suomea kuiville, 11.06.2014.

60 Prozent des Bruttoinlandsprodukts voraussichtlich im Jahr 2015 überschreiten. Bis jetzt lässt die Kommission jedoch Milde walten. Im Juni 2014 ermahnte sie Finnland zwar zur Intensivierung seiner haushaltspolitischen Maßnahmen, kam aber auch zu dem Schluss, dass die „Überschreitung des Schuldenwerts auf den finnischen Beitrag für die Mechanismen zur Wahrung der Finanzstabilität im Euro-Währungsgebiet zurückzuführen“ sei, weshalb ein Defizitverfahren sich erübrige.⁵ Dennoch sind sich die Regierungsparteien bewusst, dass die Glaubwürdigkeit der finnischen Europapolitik maßgeblich davon abhängt, wie das Land mit den europäischen Vorgaben umgeht. Außerdem betrachtet Finnland die Beibehaltung des AAA-Ratings als ein zentrales Ziel seiner Haushaltspolitik.⁶

Um sowohl die kurz- als auch die langfristige Tragfähigkeit der öffentlichen Finanzen zu gewährleisten, brachte die Regierung eine Reihe von Reformvorschlägen ein. Im November 2013 verabschiedete die Koalition ein strukturpolitisches Paket, das unter anderem darauf abzielt, die Ausgaben der Kommunen um etwa 1,2 Milliarden Euro zu reduzieren. Außerdem sollen Lebensarbeitszeiten verlängert und stärkere Anreize für Arbeitslose geschaffen werden, eine Beschäftigung zu suchen.⁷ Ein elementarer Teil des Strukturpakets ist auch der zu Beginn der Legislaturperiode angekündigte Umbau des Sozial- und Gesundheitswesens, der nach vielen Rückschlägen nun in Zusammenarbeit mit der Opposition vorangetrieben werden soll.

Im März 2014 legte die Regierung nach, als sie ihr Rahmenbudget für die kommenden vier Jahre präsentierte. Darin sind Anpassungsmaßnahmen in Höhe von 2,3 Milliarden Euro enthalten. Es sollen unter anderem das Entwicklungshilfebudget, das Kindergeld und bei den Ausgaben für Arbeitslose gekürzt werden. Auf der Einnahmenseite sieht das Paket eine Erhöhung der Steuern für Einkommen, Kapitalvermögen, Benzin, Fahrzeuge, Immobilien, Tabak sowie Erbschaften und Schenkungen vor.⁸ Um diese Maßnahmen zu ergänzen, schnürte die Regierung ein 600 Millionen Euro schweres Wachstumspaket, das durch den Verkauf vom Staatseigentum finanziert werden soll.

Eine wacklige Regierungskoalition

Obwohl in Finnland ein breiter Konsens darüber herrscht, dass die öffentlichen Haushalte langfristig ausgeglichen werden müssen, haben viele der angekündigten Reformen hitzige Debatten sowohl zwischen Regierung und Opposition als auch innerhalb der Regierungskoalition selbst ausgelöst. Bis jetzt richtete sich die Kritik der Opposition vor allem darauf, dass die Maßnahmen der Regierung kaum Impulse für neues Wachstum gäben.⁹ Als besonders schwierig erwiesen sich die Reformen jedoch für zwei Regierungsparteien, das Linksbündnis und die SDP. Das Strukturpaket trug das Linksbündnis noch mit, das im Frühjahr verabschiedete Rahmenbudget dagegen nicht. Mit einem Verweis darauf, dass die geplanten Kürzungen vor allem Einkommensschwache, Familien und Rentner treffen würden, verließ die Partei die Koalition, die jedoch weiterhin über eine Mehrheit verfügt.¹⁰

5 Europäische Kommission, Kommission empfiehlt Schritte im Defizitverfahren, MEMO/14/382, 02.06.2014, http://europa.eu/rapid/press-release_MEMO-14-382_de.htm.

6 Vgl. Valtioneuvoston kanslia: Pääministeri Jyrki Katainen hallituksen ohjelma, 22.06.2011.

7 Valtioneuvosto: Hallituksen päätös rakennepoliittisen ohjelman toimeenpanosta, 29.11.2013.

8 Helsingin Sanomat: Leikkauksia ja veronkiristyksiä, 27.03.2014.

9 Vgl. Turun Sanomat: Oppositiojohtajat arvostelevat oppivelvollisuuden nostoa, 29.11.2013.

10 Helsingin Sanomat: Vasemmistoliitto jätti hallituksen, 26.03.2014.

In der SDP stießen viele der geplanten Einschnitte ebenfalls auf Widerstand, obwohl die Parteivorsitzende Urpilainen eine der treibenden Kräfte hinter der Reformagenda war.¹¹ Für weiteren Unmut sorgten die sinkenden Umfragewerte der Partei. Einer der lautstärksten Kritiker war Gewerkschaftsführer Antti Rinne, der Anfang Februar 2014 offiziell mitteilte, dass er Urpilainen den Parteivorsitz streitig machen würde. Auf dem SDP-Parteitag im Mai wurde Rinne mit einer knappen Mehrheit zum neuen Parteivorsitzenden gewählt, woraufhin Urpilainen ihr Amt als Ministerin niederlegte. Nach dem Votum wurde viel darüber spekuliert, wie sich Rinnes Sieg auf die Arbeit der Regierung auswirken würde und ob er selbst ein Ministeramt übernehmen würde. Nach längerem Überlegen erklärte Rinne sich bereit, Finanzminister zu werden und betonte seine Kooperationsbereitschaft.¹²

Auch in der Nationalen Sammlungspartei kam es zu einem Führungswechsel: Premierminister und langjähriger Vorsitzender Katainen gab im April 2014 bekannt, dass er im Juni nicht mehr um den Parteivorsitz kandidieren würde und zugleich sein Regierungsamt an seinen Nachfolger in der Partei übergeben würde. Insgesamt drei Kandidaten kämpften um Katainens Posten. Am Ende gewann Europa- und Außenhandelsminister Alexander Stubb, ein als EU-Experte bekannter Polyglotter, der bereits Karriere als Außenminister und Europaabgeordneter machte. Katainen selbst wechselte nach Brüssel, wo er Finnlands EU-Kommissar Olli Rehn ersetzte.

Angesichts der personellen Fluktuation in der Regierung verlangten einige Oppositionspolitiker, dass die für April 2015 angesetzten Parlamentswahlen vorgezogen werden sollten.¹³ Dazu kam es jedoch nicht: Die Koalition von Katainen musste zwar formell zurücktreten, aber die fünf Regierungsparteien versammelten sich schnell zu sogenannten Mini-Koalitionsverhandlungen und am 23. Juni 2014 wurde Stubb zum neuen Premierminister gewählt. Obwohl das neue Regierungsprogramm auf dem Programm der Vorgängerregierung basiert, wurden einige Änderungen vorgenommen: Die Parteien einigten sich unter anderem auf eine Aufstockung des Wachstumspakets, was ein klares Zugeständnis an den neuen SDP-Vorsitzenden Rinne darstellt. Die Nationale Sammlungspartei dagegen konnte einige Steuerentlastungen durchsetzen. Grundsätzlich verpflichtete sich die Regierung zu den Zielen ihrer Vorgängerin, ein ausgeglichener Haushalt wird aber nun wohl erst im Jahr 2018 erreicht.¹⁴

Europawahl: Prominente Kandidaten, niedrige Wahlbeteiligung

Die personellen Änderungen in den zwei größten Regierungsparteien hatten zur Folge, dass die Medien im Frühjahr 2014 vor allem auf Innenpolitik fokussierten. Auch die Europawahl fand weitgehend im Schatten der Innenpolitik statt. Dennoch wurde der Wahl großes Gewicht beigemessen, denn seit dem Ausbruch der Eurokrise und dem Aufstieg der euroskeptischen Basisfinnen hatte Europapolitik rasch an innenpolitischer Relevanz gewonnen. Gleichzeitig waren sich die Parteien der größeren Einflussmöglichkeiten des Parlaments bewusst geworden. Zudem diente die Europawahl diesmal als Testlauf für die nationalen Parlamentswahlen im Frühjahr 2015. Folglich waren alle Parteien bemüht, ihre Listen mit prominenten und erfahrenen Kandidaten zu besetzen. Zum ersten Mal kandidierten sogar drei amtierende Minister, darunter Alexander Stubb, der nach seiner Ernennung zum Pre-

11 Vgl. Helsingin Sanomat: Urpilaisien suurin vastus löytyy kotipesästä, 12.08.2013.

12 Helsingin Sanomat: Rahaministerin esikunta vaihtuu lähes kokonaan, 31.05.2014.

13 Vgl. Aamulehti: Perussuomalaisten Saarakkala ja Turunen: Uudet vaalit!, 06.04.2014.

14 Turun Sanomat: Hallitusohjelmaan miljardilisäykset, 20.06.2014.

mierminister auf seinen Sitz im Europaparlament verzichtete. Auch Finnlands EU-Kommissar Olli Rehn und 11 der 13 amtierenden Europaabgeordneten stellten sich zur Wahl.

Die Kampagnen begannen erst Ende April. Aufgrund des späten Kampagnenstarts sowie des finnischen Wahlsystems, das vor allem die einzelnen Kandidaten in den Mittelpunkt stellt, bildete sich auch diesmal kein Thema heraus, das den Wahlkampf geprägt hätte.¹⁵ Dennoch wurde in Finnland beispielsweise über die Vor- und Nachteile der Währungsunion sowie die generelle Richtung des Integrationsprozesses diskutiert. Zudem löste die Krimkrise eine breite Debatte über die Eckpfeiler der finnischen Außen- und Sicherheitspolitik aus, die auch im Rahmen des Wahlkampfes weitergeführt wurde. Diese Debatte drehte sich jedoch vorwiegend um Finnlands Verhältnis zur Nato.

Obwohl die Regierung von Jyrki Katainen schwierige Jahre hinter sich hatte, konnte sich die Nationale Sammlungspartei des Premierministers bei der Europawahl gegen die Konkurrenz behaupten und gewann die Wahl zum vierten Mal in Folge mit einem Stimmenanteil von 22,6 Prozent. Das gute Abschneiden der Partei hing unter anderem mit ihrer starken Kandidatenliste sowie der persönlichen Beliebtheit von Alexander Stubb zusammen, welcher der mit Abstand populärste Kandidat war. Zweitstärkste Kraft wurde die Zentrumsparterie mit 19,7 Prozent der Stimmen. Mit ihrem ungewöhnlichen Spitzenduo, das aus Währungskommissar Olli Rehn und Euroskeptiker Paavo Väyrynen bestand, konnte die Partei Stimmen aus unterschiedlichen Lagern sammeln. Den dritten Platz belegten die Basisfinnen. Während euroskeptische Parteien anderswo in Europa historische Erfolge feierten, blieben die Basisfinnen mit 12,9 Prozent der Stimmen weit hinter ihren eigenen Erwartungen zurück, auch wenn sie ihr Ergebnis gegenüber 2009 verbessern konnten und einen zusätzlichen Sitz im Europaparlament bekamen. Das unerwartet bescheidene Resultat der Partei erklärt sich unter anderem durch das Abflauen der Eurokrise und die Probleme der heimischen Wirtschaft: Die größte Gefahr für Finnlands finanzielle Stabilität scheint derzeit nicht von den europäischen Krisenländern auszugehen.¹⁶

Der größte Wahlverlierer war die SDP, die anders als die Nationale Sammlungspartei für die schwierigen Regierungsjahre bestraft wurde und nur 12,3 Prozent der Stimmen bekam. Das Linksbündnis dagegen gehörte zu den Gewinnern: Nach fünfjähriger Abwesenheit kehrte die Partei zurück ins Europaparlament. Jeweils einen Sitz errangen auch der Grüne Bund und die Schwedische Volkspartei. Trotz der prominenten Kandidaten blieb die Mehrheit der wahlberechtigten Finnen den Wahlurnen fern. Die Wahlbeteiligung stieg zwar zum ersten Mal seit Finnlands EU-Beitritt gegenüber der vorherigen Europawahl, jedoch nur um 0,6 Prozentpunkte auf 40,9 Prozent. Große Auswirkungen auf den europapolitischen Kurs der Regierung wird das Ergebnis der Europawahl aller Voraussicht nach nicht haben. Entscheidender werden in dieser Hinsicht die künftige Entwicklung der finnischen Wirtschaft und die Parlamentswahl im nächsten Frühjahr sein.

Weiterführende Literatur

Tuomas Iso-Markku: Big names, little European debate – an overview of the EP elections in Finland, in: Sonia Piedrafita/Anne Lauenroth (Hrsg.): Between apathy and anger. Challenges to the Union from the 2014 elections to the EP in member states, EPIN Paper No. 39, Mai 2014.

15 Vgl. Tapio Raunio: European Parliament Election Briefing No. 26, The European Parliament election in Finland, Juni 2009.

16 Siehe Tuomas Iso-Markku: Euroscepticism vs. political pragmatism: The Finns Party tones down its criticism of the EU, EPIN Commentary No. 19, 26.06.2014.